Bezirksverband Niederrhein e.V.

AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. • Lützowstraße 32 • 45141 Essen

Per E-Mail:

Frau Bürgermeisterin Sonja Wienecke
Frau Stefanie Böckmann (Peto-Fraktion)
Frau Pia Kops (Fraktion Die Linke)
Frau Dr. Sabine Lorenz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Herrn Martin Brand (FDP-Fraktion)
Herrn Markus Gronauer (CDU-Fraktion)
Herrn Alexander Schumacher (SPD-Fraktion)

Vorstand

Lützowstraße 32
45141 Essen
Tel. (02 01) 31 05 - 0
info@awo-niederrhein.de
www.awo-nr.de

Andreas Wiemers
Durchwahl: -108
andreas.wiemers@
awo-niederrhein.de

Unser Zeichen: aw

28.10.2026

Sparen auf jeden Fall, aber ohne die Zukunft Monheimer Kinder zu gefährden

Sehr geehrte Frau Wienecke,
sehr geehrte Damen und Herren,

als AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. sind wir mit der Stadt Monheim am Rhein besonders eng verbunden. Bereits 2002 startete in Kitas des Berliner Viertels unter Bürgermeister Thomas Dünchheim (CDU) der Präventionsansatz „Mo.Ki – Monheim für Kinder“. Besonders stolz hat uns der Gewinn des Deutschen Präventionspreises 2004 gemacht.

Gemeinsam mit der Stadt, zahlreichen Kooperationspartnern und wissenschaftlich begleitet vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. entwickelte der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. auf Grundlage des ersten Projektes bis 2018 eine Präventionskette von der Geburt bis zum Übergang ins Berufsleben. Mo.Ki wurde so zu einem bundesweit beachteten und vielfach nachgeahmten Modell.

Unser gemeinsamer Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen in Monheim am Rhein bessere Lebens-, Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dabei richten wir unseren Blick besonders auf Kinder aus armen und sozial belasteten Familien.

Der AWO Bezirksverband Niederrhein ist in Monheim am Rhein heute Träger von neun Kindertagesstätten, zwei Offenen Ganztagsschulen sowie der Einrichtung Mo.Ki „unter 3“ mit Standorten im Mo.Ki-Zentrum und in Baumberg. Damit ist die AWO ein wichtiger Akteur innerhalb der Monheimer Präventionskette.

Allein in unseren Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagsangeboten tragen wir zum gelingenden Aufwachsen von mehr als 1.300 Kindern bei und unterstützen deren Eltern bei Bildung, Erziehung und Betreuung. In den beiden Mo.Ki-Cafés verzeichnen wir jährlich mehr als 10.000 Besuche von Erwachsenen und rund 9.000 Besuche von Kindern.

Getragen wird all dies von mehr als 260 Beschäftigten, die mit ihrem Engagement täglich dazu beitragen, Familien zu stärken und Kindern gute Startbedingungen zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir unsere große Sorge zum Ausdruck bringen, die das aktuell vorgelegte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Monheim am Rhein bei uns auslöst. Das Konzept sieht unter anderem vor, ab dem Schuljahr

2027/28 Entgelte für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagsgrundschulen einzuführen. Zugleich sollen ab dem kommenden Schul- bzw. Kita-Jahr die Zuschüsse für Familienzentren sowie für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende in Offenen Ganztagsschulen vollständig gestrichen werden. Die Bildungspauschale, mit der in den Offenen Ganztagsgrundschulen Angebote von Sportvereinen und anderen Drittanbietern finanziert werden, soll auf einen Sockelbetrag reduziert werden, der lediglich einem Zehntel der bisherigen Förderung entspricht.

Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept geht davon aus, dass sich durch die Einführung von Elternbeiträgen für den Offenen Ganztag die Ganztagsquote von derzeit 95 Prozent auf etwa 80 Prozent verringern wird. Sollte diese Schätzung zutreffen – wovon wir angesichts der Erfahrungswerte anderer Kommunen ausgehen –, würden bereits ab dem kommenden Schuljahr rund 300 der derzeit etwa 2.100 Kinder, die den Offenen Ganztag besuchen, diese Angebote nicht mehr wahrnehmen können, weil ihre Eltern die anfallenden Beiträge nicht tragen können.

Mit der Kündigung der freiwilligen Zuschüsse für die Mo.Ki-Familienzentren zum 1. August 2027 und der damit verbundenen vertraglichen Verpflichtung, das Konzept „Mo.Ki-Familienzentren in Kindertageseinrichtungen“ umzusetzen, würde die Präventionskette einen wesentlichen Baustein verlieren: Mo.Ki I.

Mit der Fortschreibung des Konzepts „Entwicklungs- und Bildungsförderung und intensive Erziehungspartnerschaft mit Eltern in Mo.Ki-Familienzentren“ wurde der bisherige Ansatz des Mo.Ki-Präventionskonzepts in Kindertagesstätten auf alle Einrichtungen im Stadtgebiet übertragen. Seit dem Kindergartenjahr 2025/2026 werden je nach Sozialstruktur einer Kita Fördermittel in Höhe von 1.300 Euro beziehungsweise 10.000 Euro pro Gruppe und Jahr für drei Jahre bewilligt.

Monheimer Kindertagesstätten verstehen sich – unabhängig von ihrer Trägerschaft – als aktive Gestalterinnen einer kommunalen frühkindlichen Bildungslandschaft und als wichtiger Teil der Präventionskette. Die zusätzliche kommunale Förderung unterstützt sie dabei, die Präventionsziele der Stadt Monheim am Rhein umzusetzen.

Durch die geplanten Kürzungen könnten Kooperationen und damit verbundene zusätzliche Bildungsangebote – etwa mit der Musikschule, der Kunstschule oder dem Ulla-Hahn-Haus – künftig nicht mehr allen Kindern zugänglich gemacht werden. Zugleich verlieren die Kindertagesstätten ihren gemeinsamen Namen „Mo.Ki-Familienzentrum“ und damit einen wesentlichen Teil ihres Stellenwerts im Netzwerk Mo.Ki.

Eine solche Entwicklung ist unseres Erachtens mit dem Selbstanspruch der Stadt Monheim am Rhein als „Hauptstadt für Kinder“ unvereinbar, die sich insbesondere Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat. Auch die geplante vollständige Streichung der freiwilligen Zuschüsse für die Familienzentren in den Kindertagesstätten sowie für die Nachwuchsförderung in den Offenen Ganztagsschulen stellt einen so tiefgreifenden Einschnitt dar, dass der Präventionsansatz Mo.Ki insgesamt in Frage gestellt wird und auch die gemeinsamen Bestrebungen im Kampf gegen den allseits bekannten Fachkräftemangel in der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern konterkariert.

Wir haben Verständnis dafür, dass die Stadt Monheim angesichts ihrer Finanzlage einen harten Sparkurs beschreiten muss. Wir können jedoch nicht nachvollziehen, dass ausgerechnet bei der Förderung von Kindern derart weitreichende Einschnitte vorgenommen werden sollen. Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie zeigen deutlich den bestehenden Handlungsbedarf in der Bildungsförderung. Umso mehr bedauern wir, wenn ausgerechnet Monheim am Rhein – eine Kommune, die über einen langen Zeitraum in Fragen der Armutssensibilität und Bildungsförderung Vorbildcharakter in Nordrhein-Westfalen hatte – hier deutliche Rückschritte machen würde.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, die genannten Sparmaßnahmen angesichts ihrer nachhaltig schädlichen Wirkung für Kinder und Familien zu überdenken. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die zahlreichen Erfolge der Mon-

heimer Präventionskette in den letzten gut 25 Jahren nun aus haushaltspolitischen Gründen einkassiert werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass auch weiterhin Monheimer Kinder Teilhabe- und Bildungschancen in einer Qualität erfahren, die ihnen Türen für das weitere Leben in Monheim öffnen.

Um die Stadt für Kinder auf ihrem weiteren Weg zu unterstützen, stehen wir für ein Gespräch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Hartmann
Vorständin

Michael Rosellen
Vorstand